

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

März 2013

03/2013

Kandidatenliste aufgestellt

Nachdem die LINKE Brandenburg in den vergangenen Wochen ihre Direktkandidaten für die Bundestagswahl in allen brandenburgischen Wahlkreisen aufgestellt hat, folgte am 02. März die Vertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste.

In Potsdam traten 104 Genossinnen und Genossen zusammen, um über die Reihenfolge der Kandidatinnen und Kandidaten zu entscheiden.

Mit Dr. Kirsten Tackmann hat die LINKE in Ostprignitz - Ruppin eine Direktkandidatin ins Rennen geschickt, die darum kämpfen wird den Wahlkreis 56 zu gewinnen und die mit Listenplatz 3 gute Aussichten hat wieder in den Bundestag einzuziehen.

Spitzenkandidatin der brandenburgischen LINKEN ist die Rathenowerin Diana Golze. Auf Platz 2 folgt der ehemalige Landesvorsitzende Thomas Nord. Der Platz 4 war heiß umstritten. Gleich 3 Bewerber bemühten sich um das Vertrauen der Vertreterversammlung. In einer Stichwahl setzte sich Harald Petzold durch. Die gesamte Liste umfasst 10 Personen. Mit Dagmar Enkelmann gibt es darüber hinaus eine Direktkandidatin der Partei, die in ihrem Wahlkreis sehr realistische Chancen hat, ihr 2009 gewonnenes Direktmandat zu verteidigen.

Inhaltlicher Wahlkampf

In Anwesenheit des Bundesgeschäftsführers der Partei, Mathias Höhn, wurde das Wahlkampfziel für die Bundestagswahl am 22. September nochmals formuliert. In Brandenburg wird die Partei darum kämpfen die bei den vergangenen Wahlen gewonnenen Mandate zu verteidigen. Die LINKE wird deutlich machen, dass es nicht nur um einen Regierungswechsel geht, sondern ein Politikwechsel in der Bundesrepublik dringend notwendig ist. Die soziale



Landesliste Brandenburg

- 1 Diana Golze**
- 2 Thomas Nord**
- 3 Dr. Kirsten Tackmann**
- 4 Harald Petzold**
- 5 Birgit Wöllert**
- 6 Norbert Müller**
- 7 Sabine Stüber**
- 8 Steffen Kühne**
- 9 Jutta Vogel**
- 10 Matthias Mnich**

Kluft zwischen Arm und Reich ist in den letzten Jahren vergrößert worden, wie selbst der gefälschte, aktuelle Armutsbericht der Bundesregierung beweist. Laut den vorgestellten Zahlen verfügen 50 Prozent der Bevölkerung gerade einmal über 1 Prozent des privaten Vermögens, während die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung mehr als 53 Prozent des gesamten privaten Vermögens besitzen.

Es befinden sich zwar weniger Menschen in Arbeitslosigkeit, doch durch Minijobs, Leiharbeit und reiner Profitgier steigt von Jahr zu Jahr der Anteil derer, die von ihrer Arbeit nicht leben können. DIE LINKE forderte schon im Bundestagswahlkampf 2005 als einzige Partei

die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Das die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Steinbrück nunmehr so vehement ebenfalls einen gesetzlichen Mindestlohn fordert, zeigt nur, das eine starke LINKE für soziale Gerechtigkeit in diesem Land sorgen kann.

Je stärker die LINKE, so sozialer das Land

Die LINKE fordert neben dem Mindestlohn, u.a. auch eine auskömmliche Mindestrente und eine Rentenein-

trittsalter von 65 Jahren, die Anhebung der HARTZ IV – Sätze als ersten Schritt soll vollständigen Abschaffung der diskriminierenden Agenda - Politik, die Angleichung der Einkommen und Renten im Ostteil des Landes an das Westniveau und den kostenlosen Zugang zur Bildung. Finanzieren will die Partei dies durch eine höhere Besteuerung der Vermögenden und eine Anhebung der Einkommenssteuer für Einkommensmillionäre. Dies alles ist in dem gerade vorgestellten Entwurf des Bundestagswahlprogramm nach zu lesen (www.die-linke.de).

Darüber hinaus wird herausgestellt, dass Die LINKE die einzige konsequente Antikriegspartei im deutschen Bundestag ist. Auch die jüngsten Auslandseinsätze der Bundeswehr in Mali wurden im Gegensatz zu den anderen Parteien abgelehnt.

Die Wahlkampfstrategie wird auf die Inhalte ausgerichtet sein und sich nicht in fruchtlosen Konstellationsdebatten erschöpfen. Klar ist, dass seit den jüngsten wiederholt aufgewärmten Debatten um die Biografie von Gregor Gysi, die politische Konkurrenz alles dafür tun wird die LINKE zu marginalisieren. Wenn sich die Partei auf ihre Stärke und Solidarität besinnt, wird dieser Plan nicht aufgehen.

Ronny Kretschmer

Tschechische Frauen zu Gast

Empfang der LINKEN zum 8. März dieses Mal international

Die 23. Brandenburgische Frauenwoche wurde am 02.03.2013 in der Pfarrkirche (Kulturkirche) Neuruppin bei landesweiter Beteiligung eröffnet. Sie ist vom Frauenpolitischen Rat des Landes organisiert worden und hatte vielseitige Veranstaltungen, in Vorbereitung und im Zusammenhang auch mit dem 102. Internationalen Frauentag, im Programm.

Für die LINKEN in Neuruppin standen an diesem Tag noch zwei besondere Ereignisse im Mittelpunkt: Wir hatten 23 Frauen aus den Kreisen Mittelböhmen und Ostböhmen, einschl. aus der Partnerstadt Nymburk, zu Besuch. Begleitet wurden sie vom Vorsitzenden der KSČM des Kreises Mittelböhmen, der zugleich auch Mitglied

des tschechischen Parlaments ist.

Eine Delegation der Frauen war auch eingeladen zur Eröffnung der Frauenwoche in der Pfarrkirche. Man hat ihnen allerdings vom Frauenpolitischen Rat Potsdam verwehrt, mit einer kleinen Rede die deutschen Frauen zu begrüßen ...

Am Nachmittag zeigten sich unsere Gäste beeindruckt von der interessanten Stadtführung durch Neuruppin mit Pater Wichmann - Eberhard Greulich gab sich viel Mühe, ihnen Wissenswertes zu vermitteln. Abends nahmen sie teil am - von Kreis- und Stadtvorstand extra »vorverlegten« - Frauentagsempfang der LINKEN im Tempelgarten.

ch-

Mit Rosen erfreut

Organisiert von der LINKEN Land Brandenburg, der Landesarbeitsgemeinschaft »Netzwerk der Europäischen Linken« im Ständigen Forum der Europäischen Linken, deren Sprecherin Genossin Ines Nowack aus Protzen ist, und der KSČM der beiden Kreise in Tschechien wird schon seit einigen Jahren der Internationale Frauentag gemeinsam begangen. So wurden sie an diesem Abend von den Frauen aus Neuruppin und dem Kreis - außer den Genossinnen auch etliche Gäste - herzlich begrüßt und von Männern des Kreisvorstandes mit Rosen empfangen.

Landtagsabgeordneter Dieter Groß sorgte als Vertreter des Kreisvorstandes für eine (wenn auch etwas zu lange) feierliche Rede, anerkannte die bedeutenden Erfolge der Frauenbewegung, nannte die vielen Aufgaben, die auch heute noch im Staat Bundesrepublik für die Interessen der Frauen zu tun bleiben und sorgte für

die richtige Würdigung der Frauen und für einige Überraschungen. Die älteste Teilnehmerin, Genossin Ruth Iffländer, wurde besonders begrüßt, Lehrer Bröde (der die temperamentvollen jungen Mädchen von der Jugendkunstschule zum kleinen Kulturprogramm begleitete) für die kürzliche Ehrung durch das Land als »bester Lehrer« beglückwünscht. Martina Krümmling (DKP) ergriff das Wort zu einer kleinen Wahlrede und betonte die Zusammenarbeit der Linken. Und die tschechischen Genossinnen kamen vor allem nun auch mit ihrer herzlichen, kurzen Rede zu Wort!

Ansonsten bestimmten trotz der Sprachschwierigkeiten eine Menge interessanter Gespräche den Abend, gutes Essen wurde, dank des tollen Angebots des Teams vom Tempelgarten, auch nicht vergessen. Kleine Geschenke wurden ausgetauscht, bei uns organisiert von einigen Genossinnen der BO 14.

Kyritzer Aktivitäten

Eine interessante Buchlesung haben die Kyritzer Genossen wieder im Programm: Am Montag, dem 18. März 2013 ist der Bundestagsabgeordnete der LINKEN Jan Korte zu Gast und liest aus seinem Buch »Geh doch rüber / Feinste Beobachtungen aus Ost und West«. Er ist selbst als Linker aus dem Westen in den Osten gekommen und hat sicher viel Interessantes zu berichten.

Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr im Rathaus in Kyritz.

Kommentar

Die nächste ist gestürzt

Als vor 2 Jahren der adlige Verteidigungsminister Guttenberg seinen Dokortitel und auch sein Amt verlor, da hat seine Parteifreundin Bildungsministerin Schavan kräftig zugetreten. Sie schäme sich nicht nur heimlich, Raubkopien seien kein Kavaliärdelikt, Wissenschaft habe auch mit Vertrauen und ähnliches zu tun, warf Schavan ihrem Kabinettkollegen vor. Eigentlich hätte sie damals vor Scham rot werden müssen, als sie dem anderem Betrug vorwarf, den sie selbst auch begangen hat. Wahrscheinlich ist das aber bei unseren Regierungsparteien nichts Besonderes. Es ist doch bezeichnend, dass immer wieder Politiker mit Plagiatsvorwürden konfrontiert werden, die aus den alten Bundesländern stammen. Wahrscheinlich ist das Systemimmanent in einer Gesellschaft, wo man alles kaufen kann. Man verliert scheinbar den Sinn dafür, was gerecht und ungerecht ist, wenn man eine gewisse politische Ebene erklimmen hat. Das zeigt sich nicht nur bei Guttenberg, Schavan oder dem Berliner CDU-Fraktionsvorsitzenden Graf, sondern auch bei den FDP-Europapolitikern Koch-Mehrin und Chatzimarkakis sowie der FDP-Politikberaterin Mathiopoulos, die alle bis zum gegenteiligen Beweis den Betrug abstritten. Wissen sie nicht mehr was sie taten? Mehr Schein als sein, das ist ein Wesensmerkmal der Politiker, sagte meine Großmutter, die 1890 geboren war, immer. Recht hat sie, wenn man sich heute die Regierungspolitiker ansieht. Warum müssen sich bestimmte Leute mit einem Dokortitel schmücken? Sind sie nicht in der Lage durch gute und konstruktive Politik zum Wohle ihrer Wähler sich einen Namen zu machen, der mehr wert ist als das Dr. vor ihrem Namenszug.

Achim Müller

An unsere Leser

Wenn Sie diese Ausgabe der Märkischen Linken gelesen haben, werfen Sie sie nicht weg! Geben Sie sie an Freunde oder Nachbarn weiter! Wollen Sie mehr über uns wissen oder unser Infoblatt ständig lesen, rufen Sie uns an (Tel. 03391 / 655420 oder BürgerbüroTel. 03391 / 2383) oder schreiben Sie uns: Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE.-Infoblatt Märkische Linke, Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin.

Ihre Redaktion

Neu im Kreisvorstand

Neuer Schatzmeister des Kreisvorstandes der LINKEN wurde David Hölker. Er ist seit 2012 Mitglied unserer Partei, 21 Jahre jung und noch Azubi - auf der »Finanzstrecke«, genauer: in der Ausbildung als Verwaltungsfachangestellter. Er gilt als ein bescheidener, freundlicher junger Mann, konsequent und zielstrebig und hat



sich schon vielfach politisch engagiert. (David wurde auf dem Kreisparteitag am 02.02.2013 gewählt.)

Der Kyritzer Regionalverband der LINKEN hatte Genossin Marita Köhn für den

neuen Kreisvorstand vorgeschlagen, in den sie ebenfalls am 02.02.2013 als Mitglied gewählt wurde. Marita ist 58 Jahre, ausgebildet und erfahren als Diplomsozialpädagogin, arbeitet als Bereichsleiterin in der Jugendhilfe in Rheinsberg, hat 3 Kinder. Seit 1984 ist sie bereits als Stadtverordnete in Kyritz in der Fraktion



der LINKEN tätig und hier zuständig für Soziales und Bildung. 6 Bürgermeister, so sagt sie, hat sie in dieser Zeit »erlebt«. In der Fraktion arbeiten übrigens derzeit 5 Frauen und 4 Männer. Zentrales Wahlprogramm zur Diskussion gestellt

Will Genosse Bisky DIE LINKE sozialdemokratisieren?

Endlich haben die Personalquerelen in der LINKEN ein Ende gefunden. Unsere beiden Vorsitzenden stellten dieser Tage ein anspruchsvolles Wahlprogramm vor, das uns gute Argumente für den Wahlkampf in die Hand gibt.

In dieser Situation, in der auch Genosse Gysi unser aller Solidarität braucht, rät uns Genosse Bisky, uns der SPD anzunähern und unsere Haltung zur NATO zu überdenken. Wir Genossen der BO Seegemeinden in Neuruppin stehen dem verständnislos gegenüber. Der politische Gegner wird sich freuen, ist doch die konsequente Antikriegspolitik ein Markenzeichen unserer Partei.

Wir sollten jetzt unsere ganze Kraft, unsere politischen Möglichkeiten im

Wahlkampf einsetzen. Deshalb bedauern wir, dass uns Genosse Bisky eine solche Diskussion aufzwingt. Dann lasen wir noch im ND, dass unsere beiden Vorsitzenden den Vorschlag machten, dass wir auch Steinbrück (bei entsprechenden inhaltlichen Angeboten, die es von der SPD uns gegenüber bestimmt nicht gibt) als Bundeskanzler wählen könnten. Dann können wir ja auch gleich die SPD wählen. Aber wir werden in der Vorbereitung der Bundestagswahl genauso engagiert auftreten, wie wir das bei unserer kürzlichen Bürgermeisterwahl getan haben. Wünschen wir uns dabei Erfolg und immer die besseren Argumente!

Barbara Hinz

Kurz berichtet

Zentrales Wahlprogramm zur Diskussion gestellt

Noch im Februar wurde der Entwurf des Wahlprogramms für die Bundestagswahlen durch den Parteivorstand der LINKEN veröffentlicht. Er soll ausführlich diskutiert werden. Vor allem im Internet sind bereits zahlreiche Meinungsäußerungen eingegangen. Der Wahlprogrammwurf wird, nach erfolgter Diskussion und Überarbeitung, der 2. Tagung des 3. Parteitages der LINKEN vom 14. bis 16. Juni 2013 in Dresden als Leitantrag zur Beschlussfassung vorgelegt.

RECHTE provozieren immer wieder

Vor einigen Wochen wurden Genossen der Linken an ihrem Infostand auf dem Markt in Wittstock von »rechtsgerichteten Menschen«, wie die Tagespresse schreibt, wieder einmal bei ihrer Aufklärungsarbeit gestört und angepöbelt. Flugblätter und Material zum Thema »Verbrechen des NS-Staates und aktueller Rechtsradikalismus« standen zur Debatte.

Ihre zweite große Aktion des Stadtpazierganges, um Plakate oder Aufkleber der Rechten in der Stadt zu entfernen, haben Mitglieder des Wittstocker Aktionsbündnisses gegen Rechts »Wittstock bekennt Farbe« vor kurzem gestartet. Daran beteiligen sich auch Genossen der LINKEN.

Gegen die Agenda 2010

Am 14. März 2013 jährt sich die Verkündung der Agenda 2010 (Hartz IV-Gesetze, weitere unsoziale Regelungen beschlossen) durch die damalige rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder zum zehnten Mal. Dieser Tag wurde ein einschneidendes Datum für den Abbau bislang erkämpfter sozialer Rechte in Deutschland. Zum gleichen Datum ist in Brüssel eine zentrale Demonstration europaweit für einen »Europäischen Frühling« und gegen die Spargesetzgebung in Europa geplant. Bundesweit werden Aktionen stattfinden.

Der Bundestagswahlkampf hat begonnen

Die Nichtwähler gewinnen

Eigene linke Positionen konsequent vertreten

Kirsten Tackmann, Du bist vor einigen Wochen als Direktkandidatin für den Bundestagswahlkreis 56 nahezu einstimmig von der Basis bestätigt worden. Am 02. März hat Dich die Landesvertreterversammlung der LINKEN für den aussichtsreichen Listenplatz 3 gewählt. Warst Du mit dem Ergebnis zufrieden ?

Mit dem Ergebnis kann man schon sehr zufrieden sein! Das ist ja auch eine Anerkennung meiner Arbeit und der meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es ist auch gut für die Region und bedeutet eine Stärkung der Agrarpolitik - damit diese Probleme durch die LINKE weiter auf den Tisch des Bundestages kommen.

Nun ist der Wahlkreis 56 ja ziemlich groß. Was hast Du Dir besonders vorgenommen?

Mein Wahlkreis umfasst die Kreise Prignitz und OPR und die Ämter Friesack und Rhinow vom Kreis Havelland. Die thematischen Schwerpunkte habe ich in den »11 Punkten für mehr Lebensqualität« (veröffentlicht in der Märkischen Linken 2/2013) aufgeschrieben.

Wichtig ist mir besonders der Zusammenhalt in der Region. Die hier vertretenen Kreise haben viele gemeinsame Probleme und werden diese auch nur gemeinsam lösen können. Wichtig ist mir genau so, dass

die Menschen, die hier leben wollen, auch hier bleiben oder zurück kommen. Dazu brauchen sie aber neben einem Einkommen, von dem sie leben können, die 4 »Anker« Mobilität, Gesundheitsvorsorge, Internet, Bildung/Kultur. Natürlich bleiben wir eine Friedenspartei, das ist immer unser Ziel. Wobei Frieden mehr ist als die Abwesenheit von Krieg; dazu gehört auch sozialer Frieden, den ich im Moment für stark gefährdet halte. Ein weiterer Schwerpunkt: die regionale Versorgung mit gesunden Nahrungsmitteln ist ein großes Potential, was wir erst wieder beleben müssen.

Etliche Genossen und auch parteilose Freunde sind nicht einverstanden mit der Meinung vom Genossen Bisky, die darauf hinausläuft, sich der SPD mehr anzunähern und evtl. sogar Steinbrück als Bundeskanzler zu wählen. Und viele halten auch das »Angebot« des Parteivorstandes für eine Beteiligung an einer rot-rot-grünen Bundesregierung für derzeit unreal.

Ich bin dafür, dass man für eigene Positionen wirbt und sie auch konsequent vertritt. Verhandlungsangebote macht man dann, wenn Verhandlungen anstehen und nicht lange vorher. Gleichzeitig brauchen wir aber Bündnispartner, um

unsere Forderungen durchzusetzen. Das ist jedoch eine inhaltliche Frage!

Worauf kommt es Deiner Meinung nach für uns im Kreisverband in den nächsten Wochen besonders an?

Ich glaube, dass gerade die Mobilisierung von Nichtwählern für uns eine besondere Anforderung ist. Immer häufiger höre ich, man könne ja doch nichts machen und die guten Vorschläge der LINKEN würden ja nicht umgesetzt. Aber damit, nicht wählen zu gehen, würde sich das Volk ja selbst entmachten. Und deswegen müssen wir den Menschen wieder Hoffnung und überzeugende Angebote machen, dass ihre Interessen in der Politik stattfinden und von uns vorangebracht werden. Dazu gehört aber auch ein klares Profil der LINKEN auf allen Ebenen - in den Gemeindevertretungen, im Kreistag, in Land- und Bundestag, EU-Parlament und auch außerhalb der Parlamente. Präsenz und auch Zuhören-können, »dem Volk aufs Maul schauen«, ist durchaus etwas, was LINKE auszeichnen muss!

Genossin Tackmann, wir bedanken uns für das Interview!

(Das Gespräch führte Christa Horstmann)

Neues aus dem Landtag

Annahme des Volksbegehrens für Nachtflugverbot am BER – Ein großer Erfolg für DIE LINKE

Vorherrschendes Thema der letzten Wochen und der Landtagsitzung am 27. Februar war die Annahme des Volksbegehrens für ein umfassendes Nachtflugverbot am BER in Schönefeld. In den Medien kaum wahrnehmbar war jedoch der Weg zu dieser Entscheidung und schließlich der Annahme des Volksbegehrens durch die überwiegende Mehrheit des Landtages, eine Überraschung, der Ministerpräsident und Aufsichtsratsvorsitzende Matthias Platzeck wird mit den anderen Gesellschaftern (Berlin und Bund) in Verhandlung treten müssen. Ein Erfolg der Volksinitiative, zumal erstmals in der

Brandenburger Landesgeschichte das Parlament (62 Ja-, 5 Nein-Stimmen bei 14 Enthaltungen) ein Volksbegehren angenommen hat. DIE LINKE stand immer für ein umfassendes Nachtflug, die andere Auffassung der SPD ist bekannt. Die Position der Linken, hier insbesondere das Engagement unserer Kornelia Wehlan, verkehrspolitische Sprecherin, ist hervorzuheben. Das durch die Bürgerbewegung und die Gespräche der Koalitionspartner sowie in den zuständigen Ausschüssen – natürlich unter Berücksichtigung höchstrichterlicher Entscheidungen – ein realistisches »Einlenken« bei der SPD

eingetreten ist, darf man für uns als Erfolg ansehen. Nun gilt es dem Ansinnen des Volksbegehrens Realität zu verleihen. Die rot-rote Koalition, insbesondere der Ministerpräsident und Aufsichtsratsvorsitzende sind bei Wahrung ihrer Glaubwürdigkeit in der Pflicht. Als am 19. Februar die Entscheidung in einer gemeinsamen Pressekonferenz verkündet werden sollte, wurde in Pressekreisen schon vorher vom Bruch der Rot-Roten Regierungskoalition gemunkelt. Die Entscheidung schlug dann ein wie eine Bombe.

Christian Richter

In einem Sozialstaat sollte auch ein Landrat sozial denken und handeln

Tausende Bürger unseres Kreises sind auf Grund einer Krankheit oder ihres Alters auf die Hilfe einer häuslichen Krankenpflege angewiesen. Viele Menschen, die davon betroffen sind stellen seit 1. Januar 2013 die Frage, warum sie jetzt persönlich für die Investitionskosten aufkommen müssen. (Investitionskosten erhebt ein Pflegedienst auf Grundlage der gesetzlichen Regelung (SGB XI). Damit werden Aufwendungen, wie Büromaterial, Kfz-Reparatur usw. finanziert, welche die Pflegekasse nicht bezahlt.) Nun hat der Sozialausschuss des Kreises auf Veranlassung von Landrat Reinhardt den Zuschuss dafür gestrichen. Laut Sozialministerium des Landes Brandenburg ist damit der Kreis OPR einer der wenigen im Land, der die Investitionskosten alleinig den Alten und Kranken aufbürdet.

Aus diesem Grund sprach unser Redaktionsmitglied Achim Müller mit Frau Ute Fuchs, der Inhaber- und Betreiberin des Pflegedienstes MEDIX, der im Raum Kyritz und Wittstock tätig ist.

Wie schätzen Sie die Situation der Pflege- und Hilfebedürftigen ein, wenn diese jetzt die volle Investitionskostenpauschale allein tragen müssen?

Dem Großteil der von uns Versorgten fällt das richtig schwer und manche können den Anteil an den Investitionskosten gar nicht zahlen, da sie eine viel zu geringe Rente beziehen. Deshalb zahlte bisher das Sozialamt des Kreises anteilmäßig die Investitionskosten für Patienten mit kleiner Rente.

Ist das Problem Investitionskosten etwas Neues, was mit dem seit 1.1. 2013 geltenden Pflegeeneuausrichtungsgesetz auf die Bedürftigen zugekommen ist?

Nein, schon seit Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung werden Investitionskosten erhoben. Bisher war es aber üblich, dass der Pflegedienstbetreiber seine Kosten für Investitionen dem Land offen legte, und mit Zustimmung des Landesministeriums eine entsprechende Vereinbarung mit dem Landkreis abschließen konnte. Jetzt begründet der Kreis OPR seinen Rückzug aus der Finanzierung auch damit, dass im Kreis »eine zahlenmäßig ausreichende und leistungsfähige pflegerische Versorgungsstruktur vorhanden ist«. Da es sich aber bei den Investitionskosten

um jährlich neue Kosten handelt, bringt der Kreis mit seiner rigiden Sparpolitik diese gute Versorgungslage in Gefahr.

Der Kreis stellt in seinem Rundschreiben aber auch dar, dass Sie als Pflegedienst nicht dazu verpflichtet sind, Investitionskosten zu erheben.

Es stimmt, dass der Gesetzgeber keine verpflichtende Regelung getroffen hat. Er hat jedoch erkannt, dass Pflegedienste im Gegensatz zu anderen Unternehmen, bei denen diese Kosten Bestandteil der Rechnung sind, keine Vergütung dafür von den Kassen erhalten. Um jedoch wirtschaftlich arbeiten zu können, sind ambulante Pflegedienste auf die Erhebung der Investitionskosten angewiesen. Aber, und das ist im Gegensatz zu OPR wirklich sozial, übernehmen die Mehrzahl der Sozialhilfeträger der Kreise im Land Brandenburg diese Kosten, um ihre Senioren zu entlasten. So erkennt beispielsweise der Landkreis Märkisch-Oderland nach einem mir vorliegenden Schreiben des dortigen Landrats den Anspruch auf Abschluss einer Vereinbarung mit dem Kreis an.

Welchen Ausweg sehen Sie, als einer, der damit tagtäglich befasst ist, aus dieser Misere?

Es liegt nach meiner Meinung, und das bestätigt auch indirekt das Brandenburger Sozialministerium, allein an den Kreistagsabgeordneten, ob sie es wirklich wollen, dass die Kranken und Schwächsten der Gesellschaft immer mehr zur Kasse gebeten werden, nur um einen guten

Kreishaushalt aufzustellen. Damit bildet der Landkreis eine negative Ausnahme zu Lasten seiner Bürger.

Dass diese Politik aber auch nach hinten losgehen kann, beweist ein Beispiel aus meiner Praxis. Als ein Pflegebedürftiger nicht mehr in der Lage war die Investitionskosten zu tragen, wurde er, so vom Betreuer entschieden, in ein Pflegeheim eingewiesen, was wesentlich teurer als ein ambulanter Dienst ist. Hier muss aber der Sozialhilfeträger (Landkreis) die Kosten tragen.

Frau Fuchs, ich danke Ihnen sehr herzlich für diese Gespräch und hoffe dass damit den Betroffenen und deren Angehörigen etwas klarer wird, wer die Verantwortung für diese Problematik trägt. Für Ihre weitere Arbeit zum Wohle der Patienten wünsche ich Ihnen viel Kraft und Erfolg.

Zur Person von Frau Ute Fuchs.

Frau Fuchs kam vor über 30 Jahren aus NRW zum Studium in den Westteil von Berlin. Sie ist examinierte Krankenschwester und Diplom-Sozialarbeiterin. Bei Rundreisen nach der Wende gefiel ihr unsere Region so gut, dass sie entschied 1993 in Neuruppin einen ambulanten Pflegedienst zu eröffnen. In den Folgejahren verlegte sie ihr Betätigungsfeld auf den Raum Wittstock/Kyritz wo sie noch heute im ambulanten Bereich tätig ist und auch in Wittstock und Kyritz eine Tagespflege betreibt. Der Hauptsitz befindet sich direkt neben unserer Kyritzer Geschäftsstelle »LINKSECK«.

Ihnen der Lorbeer – unser die Pflicht

So oder mit ähnlichen Worten trafen sich wie alljährlich an den hiesigen Gedenkstätten einige, leider zu wenige Menschen, um an die grausame Zeit der Nazi-Diktatur, den Krieg und seine millionenfachen Opfer zu erinnern. Seit dem 27. Januar 2005 ist dieser Tag der offizielle Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus in Deutschland. Wichtig, richtig, nur der Zeitpunkt 60 Jahre »nach« der Befreiung der Überlebenden des KZ Auschwitz durch die Rote Armee stimmt mich nachdenklich. Dem Engagement des Zentralrates der Juden in Deutsch-

land sowie vieler Antifaschisten ist es zu verdanken, dass der damalige Bundespräsident Roman Herzog diesen Nationalen Gedenktag proklamierte. Vor 80 Jahren kamen die Nationalsozialisten mit ihrem »Führer« Adolf Hitler an die Macht und erst am 8. Mai 1945 wurde dem faschistischen Terror, Völkermord und Krieg ein »Ende« gesetzt. Leider hatte Berthold Brecht nur allzurecht, als er nach dem 2. Weltkrieg warnte: »Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch...«. Und hatte Rio Reiser nicht ebenso recht in sei-

Fortsetzung Seite 6

Jahrestage, die uns bewegen

Dachau mahnt

Vor 80 Jahren entstand das erste faschistische KZ

Am 21. März 1933, also 3 Wochen nach dem Reichstagsbrand, gab Heinrich Himmler als kommissarischer Polizeipräsident von München in einer Pressekonferenz die Errichtung eines politischen Konzentrationslagers bei Dachau bekannt. Am nächsten Tag schon wurden etwa 150 Häftlinge aus umliegenden Gefängnissen auf das Gelände einer stillgelegten Munitionsfabrik bei Dachau gebracht. Die Haftnummer eins erhielt der der KPD nahe stehende Student Claus Bastian.

Zwei Fürther Bürger jüdischer Herkunft waren am 12. April 1933 die ersten Todesopfer im Lager und zugleich die ersten jüdischen Opfer in Konzentrationslagern überhaupt - Dr. Rudolf Benario und Ernst Goldmann, beide der KPD nahe stehend. Hinzu kam Arthur Kahn aus Nürnberg. Sie wurden »auf der Flucht erschossen«.

Im Mai 1933 gelang dem ehemaligen KPD-Reichstagsabgeordneten Hans Beimler die Flucht. Seine Erlebnisse im Lager veröffentlichte er im Ausland in der Broschüre »Im Mörderlager Dachau«, wodurch die internationale Öffentlichkeit schon sehr frühzeitig von den Verbrechen der Faschisten in diesem Lager erfuhr.

Nazigegner völlig isoliert

Die ersten Häftlinge des-Lagers Dachau waren ausschließlich politische Gegner der Nationalsozialisten: Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und vereinzelt auch konservative Politiker und

Monarchisten; nach dem Verbot politischer Organisationen,

Parteien und Gewerkschaften kamen auch die Zeugen Jehovas dazu. Ab 1935 waren es zunehmend von der Justiz verurteilte Personen nach Ablauf ihrer Haft, außerdem Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, einzelne Geistliche, die sich gegen die Gleichschaltung der Kirchen wehrten. Die ersten Juden, die ins Lager Dachau kamen, waren politische Gegner des NS-Regimes.

In einem noch in der Pogromnacht versandten Fernschreiben wies SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich die Staatspolizeistellen dann aber an: »...in allen Bezirken so viele Juden - insbesondere wohlhabende - festzunehmen, als in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können«.

Im Zuge der Reichspogromnacht wurden 10.911 deutsche und österreichische Juden ins Lager gebracht. Von ihnen kamen nach Konfiszierung ihres Eigentums und mit der Auflage, Deutschland zu verlassen, nach einiger Zeit eine ganze Anzahl wieder frei.

Das Lager und seine Kommandanten spielten eine weitere unrühmliche »Vorreiterrolle«. Der erste Lagerkommandant Hilmar Wackerle verfasste im Mai 1933 auf Anweisung Himmlers die erste vorläufige Lagerordnung. Das Lager Dachau war damit der erste Ort im Deutschen Reich, an dem ein SS-Lagerkommandant die alleinige Gerichtsbarkeit erhielt und geltendes Recht außer Kraft gesetzt wurde.

»Musterlager« - weitere folgten

Ende Juni 1933 wurde Theodor Eicke Lagerkommandant. Er entwickelte das »Dachauer Modell«, das unter anderem eine »Disziplinar- und Strafordnung für das Gefangenenlager« und eine Dienstvorschrift für Wachposten umfasste. Dachau wurde zum »Musterlager« und Modell für neue KZ.

Das KZ Dachau war zudem Ausbildungsort für SS-Wachmannschaften und SS-Führungspersonal, die nach Beginn des Zweiten Weltkrieges auch in den Vernichtungslagern eingesetzt wurden.

Zwischen 1935 und 1937 reorganisierte Eicke im Auftrag Himmlers die der Inspektion der Konzentrationslager unterstellten KZ. Alle vorhandenen kleineren Lager wurden aufgelöst. Nur Dachau wurde im Sommer 1937 erheblich erweitert. US-amerikanische Truppen befreiten es am 29. April 1945.

Heute befindet sich auf dem Gelände die KZ-Gedenkstätte Dachau, die von Menschen aus aller Welt besucht wird.

Im Sommer 1936 wurde das KZ Sachsenhausen eingerichtet. Im August 1938 verlegte man den Sitz der Inspektion der Konzentrationslager dahin.

Weitere KZ in Deutschland und auf okkupiertem polnischen Gebiet folgten. In den faschistischen Konzentrationslagern wurden insgesamt über 6 Millionen Menschen ermordet.

Gerlinde Grahn

Ihnen der Lorbeer – unser die Pflicht

nem Lied mit den nachdenklichen Worten »der Krieg ist nicht tot, er schläft nur?« In den ehemaligen KZ Sachsenhausen, Ravensbrück, Belower Wald und anderswo gedachte man der Opfern des Holocaust, aufrechter Menschen und Kämpfer gegen den Faschismus. Der diesjährige Gedenktag im ehemaligen KZ Sachsenhausen war den über 1.000 ermordeten französischen Widerstandskämpfern gewidmet. Bettina Fortunato und ich legten für die Landtagsfraktion DIE LINKE ein Blumengebinde nieder. Nach der Befreiung vom Faschismus schworen die Überlebenden der Lager/Zuchthäuser »Nie wieder Faschis-

mus, nie wieder Krieg«. Die Ereignisse in Deutschland (NSU-Morde u.a.) und auch in anderen Staaten, die Aufmärsche der NPD unter Ausnutzung des »Gedenkens der Opfer durch Anglo-Amerikanische Bomber am 13.02.1945 in Dresden und am 15.02.1945 in Cottbus« sowie das Agieren neofaschistischer-rassistischer und antisemitischer Kräfte in Deutschland kann und muss alle demokratischen Kräfte nur noch enger einen, gemeinsam gegen den Rechtsextremismus – in welcher Schattierung auch immer – zu kämpfen. Wie in jedem Jahr habe ich an den benannten Veranstaltungen teilgenommen.

Fortsetzung von Seite 5

Uns bleibt mit der Aktualität die weitere bittere Notwendigkeit, aber auch Möglichkeit der Aufarbeitung deutscher Geschichte. Die diesjährige Vorlese-Aktion »Wider das Vergessen« könnte unter diesem Gesichtspunkt auch mit Blick und Verantwortung für unsere junge Generation, eine Gelegenheit notwendiger Diskussion sein. Ich denke, hier ist die Partei DIE LINKE gefragt. Es sei denen gedankt, die sich in verschiedenen Initiativen, Bündnissen z.B. im »Mittendrin« Neuruppin und der VVN engagieren.

Dieter Groß, MdL

Sie suchte und stritt Erinnerung an eine Schriftstellerin

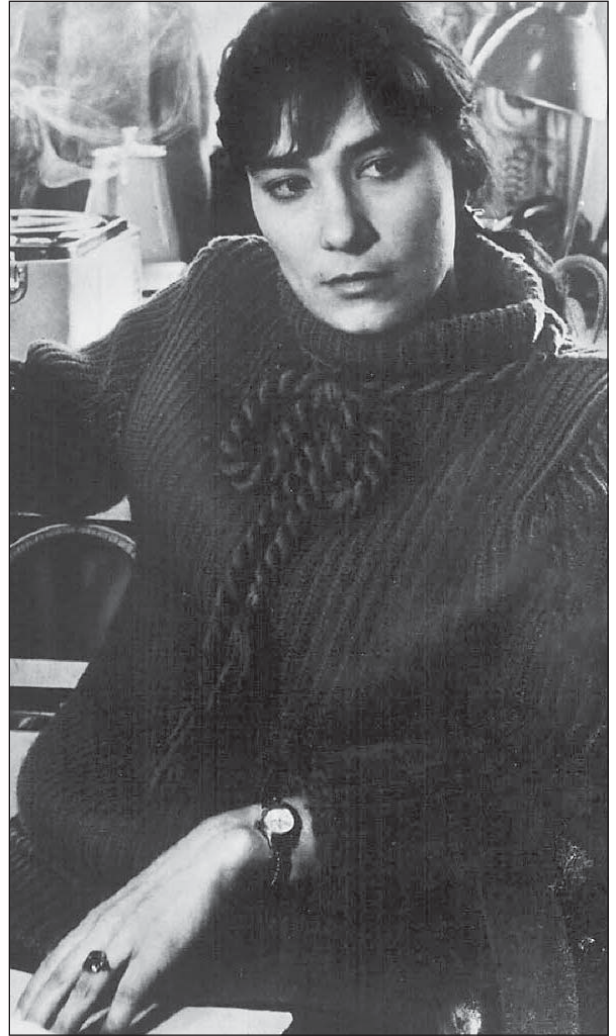
Am 21. Februar jährte sich der Todestag der bekannten DDR-Schriftstellerin Brigitte Reimann zum 40. Mal.

»Es war einmal eine höchst lebendige Frau, die eine Menge Männergeschichten hatte, eine Schriftstellerin, die zu früh und zu viel Erfolg hatte, manchmal hungerte und manchmal wahnsinnig viel Geld verdiente, an eine große Sache glaubte und an einer großen Sache zweifelte - kurzum: es war einmal und es war gut so, und auch das Schlimme und das Dreckige war in seiner Art gut.« So reflektierte Brigitte Reimann selbst über ihr Leben in der DDR.

Brigitte Reimann wurde 1933 in Burg bei Magdeburg geboren. Nach dem Abitur arbeitete sie zu nächst als Lehrerin, bereits 1955 erschien die erste Veröffentlichung. Als Schriftstellerin versuchte sie dem »Bitterfelder Weg« zu folgen und arbeitete im Kombinat Schwarze Pumpe in Hoyerswerda, wo sie bis 1968 wohnte. Die Eindrücke der alltäglichen Arbeit nutzte Brigitte Reimann für den 1961 erschienen Kurzroman *Ankunft im Alltag*. Ihr großer Roman und gleichzeitig ihr Lebenswerk *Franziska Linkerhand* blieb unvollendet.

Von 1968 bis zu ihrem Tod 1973 (sie starb am 21. Februar in Berlin an Krebs) wohnte sie in Neubrandenburg. In ihrem dortigen früheren Wohnhaus befindet sich ein kleines Museum. Brigitte Reimann hat exzessiv gelebt, voller Unrast; ihre Lebenskerze war sozusagen an beiden Enden angezündet. So erzählen ihre Tagebücher (ebenfalls veröffentlicht) von einer Frau, die den Sinn des Lebens suchte. Es war dieser scharfe, auch gegen sich selbst unerbittliche Blick der Schriftstellerin, die uns mit ihren Werken ein einzigartiges Lebenszeugnis hinterlassen hat.

Ronald Bäckow
Neuruppin



Brigitte Reimann Foto: epd

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

| | | | | | |
|----|-------|----------------------|---------------|-----|-----|
| Am | 1.4. | Ruth Rauter | in Wittstock | zum | 80. |
| Am | 5.4. | Ulrich Noack | in Wittstock | zum | 66. |
| Am | 7.4. | Ilona Reinhardt | in Neuruppin | zum | 65. |
| Am | 10.4. | Helga Kuball | in Bantikow | zum | 73. |
| Am | 10.4. | Heinz Günter Venhaus | in Katerbow | zum | 78. |
| Am | 11.4. | Waltraud Brauer | in Neuruppin | zum | 84. |
| Am | 13.4. | Willi Soffner | in Schönberg | zum | 84. |
| Am | 14.4. | Jörg Mancke | in Vielitz | zum | 73. |
| Am | 16.4. | Gerhard Pätzold | in Alt Ruppín | zum | 83. |
| Am | 25.4. | Lisa Chucher | in Alt Ruppín | zum | 81. |
| Am | 29.4. | Sabine Berndt | in Schönberg | zum | 63. |

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

An unsere Leser!

- Ich bin am ständigen Bezug der *Märkischen Linken* interessiert.
- Ich bin auch an anderen Informationen (schriftlichen Materialien) über die LINKE interessiert.

Meine Anschrift lautet:

Zutreffendes bitte ankreuzen und einsenden an:

Die LINKE, Kreisgeschäftsstelle 16816 Neuruppin, Schinkelstr. 13, Redaktion *Märkische Linke*, (E-Mail: kv@linkspartei-opr.de oder telefonisch an 03391.655420 oder 03391.2383) oder an die Geschäftsstellen in Kyritz bzw. Wittstock (Anschriften siehe Impressum)

Wenn Sie diese Ausgabe der *Märkischen Linken* gelesen haben, werfen Sie sie nicht weg! Geben Sie sie an Freunde oder Nachbarn weiter!

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

Die Linke Kreisvorstand OPR
Kto.-Nr.: 1632361, BLZ: 160 619 38
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppín e.G.

Neue Ausstellung

Galerie in der Geschäftsstelle lädt wieder ein

Die Neuruppiner Malerin und Designerin Marianne Kühn-Berger und Hans-Dieter Petke gestalteten für die kleine Galerie in der Kreisgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE (Neuruppin, Schinkelstraße 13) eine neue Ausstellung. Sie wurde am 6. März 2013 eröffnet.

Gezeigt werden Kreidezeichnungen des Künstlers Manfred Rößler. Er ist sicherlich noch etlichen bekannt durch die von ihm gestaltete große Keramikwand im Foyer des ehemaligen FDGB-Ferienheimes in Rheinsberg. (Es war übrigens das 100. große Erholungsheim der Gewerk-

schaften in der DDR.)

Die Arbeiten illustrieren bis 1996 unveröffentlichte italienische Novellen, die vom ersten Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg Carl Steinhoff in den 30er Jahren übersetzt worden sind. Steinhoff war 1946 bis 1949 Ministerpräsident im Land und bis 1952 Innenminister der DDR.

Die Ausstellung ist bis Mai zu den Öffnungszeiten der Kreisgeschäftsstelle (siehe Impressum) zu besichtigen. Gäste sind herzlich willkommen.

Termine

(Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

| | |
|----------------------|--|
| Mittwoch, 20.03.13 | Stadtverordnetenversammlung Wittstock 18.00 Uhr, Rathaus Wittstock |
| Donnerstag, 21.03.13 | Beratung des Kreistages Ostprignitz-Ruppin 16.30 Uhr, Oberstufenzentrum Neuruppin, Alt Ruppiner Allee 39 |
| Dienstag, 26.03.13 | Mitgliedervers. DIE LINKE. Regionalverb. Rheinsberg – Linow 19.00 Uhr, Rheinsberg- H.-Rau-Schule |
| Dienstag, 26.03.13 | Mitgliederversammlung DIE LINKE. Regionalverband Temnitz 18.00 Uhr, Walsleben, Kartoffellagerhaus |
| Dienstag, 02.04.13 | Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13 |
| Donnerstag, 04.04.13 | Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1 |
| Donnerstag, 04.04.13 | Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2 |
| Montag, 08.04.13 | Mitgliedervers. DIE LINKE. Regionalverband Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin-Bibliothek |
| Mittwoch, 10.04.13 | Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13 |
| Donnerstag, 11.04.13 | Sprechstunde von Dr. K.Tackmann, MdB (Änderungen möglich) 09.00-10.30 in Wittstock (Geschäftsstelle DIE LINKE) |
| Freitag, 12.04.13 | Sprechstunde von Dr. K.Tackmann, MdB (Änderungen möglich) 10.00-11.30 in Kyritz (Linkseck/Geschäftsstelle DIE LINKE) |
| Freitag, 12.4.13 | Dr. Kirsten Tackmann mit Infobus vor Ort 08.30-09.30 Uhr, Wusterhausen-Marktplatz |
| Montag, 15.04.13 | Beratung der Stadtfraktion DIE LINKE. Neuruppin 19.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13 |
| Montag, 15.04.13 | Beratung der Stadtfraktion DIE LINKE. Kyritz 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1 |
| Mittwoch, 17.04.13 | Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13 |

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Sprecherin für Agrarpolitik, Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Tel.: 030 / 227 74 309,

Fax: 030 / 227 76 308

Funk: 0173 / 38 04 592

www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro, Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiter **Hartmut Buschke** und **Anette Bock**

Tel.: 033971 / 328 57

Fax.: 033971 / 328 93

E-Mail: buschke@kirsten-tackmann.de

Sprechzeiten von Dr. Kirsten Tackmann bitte im Wahlkreisbüro nachfragen.

Dieter Groß, Landtagsabgeordneter der Fraktion DIE LINKE, Sprecher für Kultur- und Sportpolitik; ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur; ordentliches Mitglied im Rechtsausschuss und im Richterwahlausschuss; stellvert. Mitglied im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport und Landesjugendhilfeausschuss.

Tel.: 0331 / 9661526

Funk: 0172 / 3500435

www.dieter-gross.de

Wahlkreisbüro Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Anja Büchner** und **Christian Richter**

Tel.: 03394 / 4997064

Fax.: 03394 / 4997065

E-Mail: ra.gross@gmx.de

Bürozeiten: Mo 10.00-13.00, Di/Do 09.00-15.00
Mi 11.00-17.00

Sprechzeiten von Dieter Groß im Wahlkreisbüro Wittstock sowie in den Büros Pritzwalk, Neuruppin und Kyritz bitte im Wahlkreisbüro Wittstock erfragen.

Bürgerbüro der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Wahlkreismitarbeiter **Joachim Behringer**

Schinkelstr. 13, Neuruppin

Tel.: 03391 / 2383

Sprechzeiten: Mo. - Do. 10.00 - 14.00 Uhr
Fr. 10.00 - 13.00 Uhr

Vorsitzender der Kreistagsfraktion DIE LINKE Friedemann Göhler

Tel.: 03391 / 2383

Funk: 0176 / 20627803

Sprechzeiten: Mo. (2./4.) 16.00 - 17.00 Uhr.

DIE LINKE Ostprignitz-Ruppin Kreisgeschäftsstelle Neuruppin

Schinkelstr. 13, Neuruppin

Tel: 03391 / 655420

Fax: 03391 / 655422

www.dielinke-opr.de

E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Sprechzeiten: Do. 09.00 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Sprechzeit des Geschäftsführenden Vorstandes siehe nebenstehende Termine.

Geschäftsstelle Kyritz

Wilsnacker Str. 1, Kyritz;

Tel.: 033971 / 72086

Fax: 033971 / 32893

E-Mail: bock@dielinke-opr.de

Sprechzeiten: Mo. - Fr. 09.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock

Marktgasse 2, Wittstock;

Tel.: 03394 / 4997066

Fax.: 03394 / 4997065

E-Mail: rv-dielinke-wittstock@gmx.de

Sprechzeiten: Di. 09.00 - 11.00 Uhr
Do. nach Vereinbarung

Märkische Linke

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**

Verantwortlicher Redakteur: Ronny Kretschmer (V.i.S.d.P.);

Redaktion: Dr. Lutz Geue, Christa Horstmann,

Achim Müller, Jürgen Schubert, Giselher Trepte.

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Fr., 05.04.2013

Erscheinungsdatum:

Mi., 17.04.2013